

N i e d e r s c h r i f t
über die Sondersitzung der Stadtverordnetenversammlung am
13. Juli 2023 im Blauen Saal des Kulturzentrums, Märkischer Platz 3 in Rathenow

Beginn: : 18:00 Uhr
Ende: : 21:10 Uhr

Vorsitzender: Corrado Gursch

Bürgermeister: Jörg Zietemann

Fraktion der **DIE LINKE:** Elfie Balzer, Karin Dietze, Daniel Golze, Diana Golze, Karl-Reinhold Granzow, Frederike Timme (online)

Fraktion der **CDU:** Wolfram Bleis, Ron Brüggemann, Andreas Gensicke, Jörg Rakow, Olaf Thonke

Fraktion der **SPD/ Bündnis 90/Die Grünen:** Dr. Thomas Baumgardt (online), Sebastian Lodwig, Jean-Luc Meier (online), Hartmut Rubach, Jürgen Vogeler

Fraktion der **FDP/ Freie Wähler RN:** Klaus Reimann, Horst Schwenzer, Karsten Ziehm

Fraktion der **AfD:** Dr. Uwe Hendrich, Ralf Maasch, Dana Steinicke, Dirk Przedwojewski, Ingo Wilimzig

Fraktion **Die PARTEI:** Christian Rieck

fraktionslos: -

nicht teilgenommen: Marcel Böttger, Michel Müller

Teilnehmer der Stadtverwaltung: Alexander Goldmann, Matthias Remus

Niederschrift: Bianca Eichler als Protokollantin

weitere Teilnehmer: Mitarbeiter der Stadtverwaltung, Rathenower Bürger und Vertreter der Presse

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit

Herr Gursch eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden, stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung und die Beschlussfähigkeit der SVV mit 26 stimmberechtigten Mitgliedern fest. Im Anschluss spricht er nachträgliche Geburtstagswünsche an die Mitglieder der SVV aus. Herr Gursch informiert zu den geltenden Regeln gemäß Kommunalverfassung und Geschäftsordnung, sodass eine ordnungsgemäße Durchführung der Sitzung gewährleistet wird.

2. Bestätigung der Tagesordnung und/oder Änderungsanträge

Die Tagesordnung wird einstimmig bestätigt.

öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, Anwesenheit und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung und/oder Änderungsanträge
3. Einwohnerfragestunde
4. Behandlung von Anfragen oder Anträgen
5. Beschluss
- 5.1 DS 066/23 Kommunalen Windpark

nichtöffentlicher Teil

6. Behandlung von Anfragen oder Anträgen
7. Schließung der Sitzung

3. Einwohnerfragestunde

Herr Gliege äußert sich zum Beschlussantrag und betont, dass der Stadtwald wertvoll ist und appelliert daher an die Vernunft der Stadtverordneten, die Zerstörung des Stadtwaldes abzulehnen. Er gibt zu bedenken, dass mit der Errichtung von Windkraftträdern auch neue Verkehrswege und Stromleitungen geschaffen werden müssen. Außerdem ist die Entsorgung der Windradflügel problematisch.

Herr Lisda, als Vertreter des Vereins Unternehmer für Rathenow, spricht sich für die Realisierung eines kommunalen Windparks in Zusammenarbeit mit der Rathenower Wärmeversorgung aus. Er führt aus, dass Entscheidungen auf der Analyse der technischen, wirtschaftlichen und gesetzlichen Möglichkeiten erfolgen müssen. Mit einem kommunalen Windpark wird eine Entscheidung zum wirtschaftlichen Vorteil der Stadt, seiner Bürger und seiner Unternehmen getroffen. Die Einsparungen an Energiekosten können in Kitas, Schulen und Straßen investiert werden.

Herr Hoppe kritisiert die Zerstörung der Natur und Umwelt. Er erachtet die Nachteile der Errichtung einer Windkraftanlage als nicht ausreichend gewürdigt. Die Herstellung und Errichtung von Windkraftanlagen ist aus seiner Sicht kosten- und materialintensiv und nicht emissionsfrei. Weiterhin weist er auf möglich gesundheitliche Beeinträchtigungen hin. Er wendet sich an den Bürgermeister und äußert den mutmaßlichen Verdacht von Profitgier und Korruption. Er fragt, ob der Bürgermeister die Unterschriftensammlung und damit den Willen der Bürger ignoriert hat. In diesem Falle empfiehlt Herr Hoppe seinen Rücktritt.

Herr Kolberg erachtet die Meinung der Bürger als nicht berücksichtigt. Eine Abstimmung sollte namentlich erfolgen.

Frau Timme nimmt (online) an der Sitzung teil

27 Mitglieder

Frau Schneewind verweist auf die Ausführungen und die Kompetenz des Försters und anderer Fachleute. Unabhängigkeit von anderen Ländern erachtet sie als wichtig.

Herr Hubald, als Vorstandsvorsitzender der RWG - Rathenower Wohnungsbaugenossenschaft eG, weist darauf hin, dass in Rathenow der Vorteil einer gut ausgebauten und im Zuge der Wärmewende erweiterbaren Fernwärmeversorgung besteht.

Das Konzept des Kommunalen Windparks im Stadtwald erfüllt alle Anforderungen zur Dekarbonisierung und dem notwendigen Ausbau der Fernwärmeversorgung. In einem kommunalen Windpark, dessen Flächen komplett der Stadt gehören, erfolgt die Vergabe der einzelnen Standorte der Windräder kontrolliert von der Stadt und nicht von einem Investor. Weiterhin führt Herr Hubald aus, dass der Preis für die Megawattstunde auf 150 EUR sinken und sich damit halbieren würde. Energie muss bezahlbar bleiben. Außerdem kann Energie, die nicht für Wärme benötigt wird, als Strom eingespeist werden. Die Stadt Rathenow verbraucht im Jahr 560.000 Megawattstunden Endenergie, davon sind 95 % fossil. Wenn Mietern, Bürgern und Gewerbetreibenden eine wirtschaftliche Zukunft in Rathenow geboten werden soll, müssen erneuerbare Energien aus sämtlichen Quellen generiert werden. Zudem muss bis 2029 die kommunale Wärmeversorgung zu 65 % erneuerbar sein. Herr Hubald merkt an, dass der Stadtwald nicht überall hochwertig ist. Gebietsweise ist er nur ein Forst, welcher geerntet wird. Abschließend fordert Herr Hubald die Stadtverordneten und die Verwaltung auf, das Projekt kommunaler Windpark in Zusammenarbeit mit der Rathenower Wärmeversorgung zu beschließen und die Realisierung schnellstmöglich voranzutreiben.

Herr Kolberg fragt, wie die Windräder finanziert werden sollen.

Herr Zietemann kritisiert die respektlosen Äußerungen von Herrn Hoppe seiner Person und den Mitgliedern der SVV gegenüber. Er führt aus, dass selbstverständlich eine Abwägung der Vor- und Nachteile stattgefunden hat. Er spricht sich für eine sachliche Diskussion der Thematik aus, damit eine demokratische Entscheidung im Sinne der Stadt Rathenow herbeigeführt werden kann.

Herr Reinhard sagt, dass für ihn die Faktenlage nicht ausreicht und er keine Vorteile in der Windkraft erkennt.

4. Behandlung von Anfragen oder Anträgen

Herr Maasch stellt klar, dass er keine Entscheidungen zu seinem persönlichen Vorteil trifft.

Herr Meier erläutert, dass bei einem Planungsverfahren ökonomische, ökologische und soziale Aspekte zu berücksichtigen sind. Daraus folgt ein Abwägungs- und Diskussionsprozess, unter Berücksichtigung von möglichst viel Fachwissen, um Entscheidungen für die Bürger und die Zukunft zu treffen.

Es folgt eine Beratungspause.

5. Beschluss

5.1 DS 066/23 Kommunalen Windpark

Beschlussvorschlag: Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow beschließt, Flächen aus dem Rathenower Stadtwald für die Errichtung eines kommunalen Windparks zur Verfügung zu stellen. Die entsprechenden planungsrechtlichen Schritte (z.B. Gutachten Artenschutz, Gutachten Naturschutz, Gutachten Trinkwasserschutzgebiet, Einhaltung Freiraumverbund) sind Bestandteil für das Verfahren.

Herr Gensicke teilt mit, dass die CDU-Fraktion den Beschlussvorschlag anpasst, um einen Kompromiss zu finden. Die Worte „Flächen aus dem Rathenower Stadtwald“ werden durch „stadteigene Flächen“ ersetzt. Außerdem wird der Satz „Die Zwischenergebnisse und

Endergebnisse werden im Rahmen einer öffentlichen Bürgerveranstaltung vorgestellt.“ ergänzt.

Weiterhin führt Herr Gensicke aus, dass offene Fragen über mehrere Monate in der AG Windenergie besprochen und beraten wurden. Er bedauert im Nachgang, dass es keinen öffentlichen Teil in der AG gab, um das Verfahren transparent zu gestalten.

Er sagt, dass die Bürger in den Prozess eingebunden werden müssen, sich die Kritiker der Windkraft aber im Prozess nicht überzeugen lassen werden.

Außerdem weist Herr Gensicke darauf hin, dass es im Jahr 2027 ein Gesetz geben wird, das Inhabern von Grundstücken die Errichtung von Windkraftträdern gestattet, ohne dass die Stadt darauf Einfluss nehmen kann. Es ist also nicht die Frage, ob es Windkraftträder geben wird, sondern nur wann und wem sie gehören.

Herr Dr. Hendrich nimmt die Änderung des Beschlussvorschlages zur Kenntnis, sieht darin aber keine Lösung. Er ergänzt die bereits vorgebrachten Anmerkungen zum Thema um die Information, dass ein Windkraftträd meistens stillsteht und nur 25 % der installierten Leistungen über das Jahr wirksam werden. Außerdem funktionieren Windkraftträder nicht ohne äußere Energiezufuhr, die Motoren benötigen Kraftstoff.

Er führt weiter aus, dass der erzeugte Überschuss in flüssigem Wasserstoff angelegt werden soll. Die Energieausbeute ist miserabel, da 60 % der Energie prozessbedingt verloren gehen.

Herr Dr. Hendrich spricht sich gegen einen kommunalen Windpark aus, da nur so lange eine Wirtschaftlichkeit gegeben ist, wie der Staat das Projekt subventioniert.

Er greift anschließend die Thematik Klimanotstand auf und bezieht sich auf den Sachstandsbericht des Weltklimarates. Danach würde eine Verdopplung des CO₂-Gehaltes der Atmosphäre einen Temperaturanstieg weltweit um zwei bis drei Grad Celsius verursachen. Auswirkungen auf das Weltklima, wenn Deutschland eine vollständige Dekarbonisierung betreibt, sind nicht messbar, da der Effekt nur 0,000015 Grad Celsius beträgt.

Herr Maasch geht detailliert auf die Beschlussvorlage ein. Er fragt nach den Auswirkungen einer Bürgerbeteiligung auf die Endverbraucherpreise. Darüber hinaus stellt er die Akzeptanz der Bürger für die Energiewende infrage. Herr Maasch kommt zurück auf einen Vortrag von Herrn Buchta, NABU, in der AG Windenergie, in dem dieser die Aufforstung des Waldes empfiehlt und von der Errichtung von Windrädern abrät. Weiterhin kritisiert Herr Maasch den negativen Einfluss von Windkraftanlagen auf die Flora und Fauna. Anschließend fragt er, ob auch die Ortsteile von dem Projekt profitieren. Er stellt dann die Frage in den Raum, wie mit den Windkraftanlagen bei einem Politikwechsel verfahren werden würde.

Abschließend beantragt er eine namentliche Abstimmung der Beschlussvorlage und bittet um eine Bürgerbefragung.

Frau Golze betont, dass sich eine Entscheidungsfindung schwierig gestaltet und wägt Vor- und Nachteile von Windkraft ab. Sie macht deutlich, dass ihre Fraktion die Atomkraft ablehnt. Ein Finanzierungskonzept gibt es derzeit noch nicht. Die Stadt Rathenow kann nur gemeinsam mit Dritten – Investoren, Bürgern in Form von Genossenschaften – eine Finanzierung leisten. Diese Beteiligung bedeutet wiederum eine Gewinnbeteiligung, was die Einnahmen der Stadt schmälert.

Frau Golze fragt, ob in der Arbeitsgruppe Windenergie alternative Energiequellen und alternative Standorte sowie Kooperationen mit Umlandgemeinden ausreichend geprüft wurden.

Da mit dem Antrag eine Festlegung auf eine Energiequelle erfolgt, ohne dass die Ergebnisse der Prüfung anderer Energiequellen bekannt sind, wird Frau Golze gegen den Antrag stimmen.

Frau Balzer spricht sich gegen Windkraftanlagen im Stadtwald aus und ergänzt die vorgebrachten Argumente um die Information, dass bei der Herstellung und der Installation

von Windkrafträdern im Wald so viel CO₂ produziert wird, dass ein Windkraftrad weitaus länger als die üblichen 20 Jahre laufen müsste, um am Ende ein einziges Gramm CO₂ einzusparen. Sie schlussfolgert daraus, dass ein Wald besser für das Klima ist als jedes Windkraftrad.

Abschließend bittet sie darum, andere Standorte zu finden.

Herr Rieck erachtet die Anpassung des Beschlussvorschlages für sinnvoll. Er bittet Herrn Dr. Hendrich um die Benennung der Quellen seiner vorgebrachten Informationen.

Außerdem betont Herr Rieck, dass der Fokus nicht nur auf Windenergie liegt, sondern auch sämtliche andere alternative Energiequellen betrachtet werden. Er wird dem Antrag seine Zustimmung geben.

Herr Maasch fragt, was mit den Anlagen geschieht, wenn sie untauglich sind. Er möchte wissen, ob dann ein Rückbau erfolgen wird.

Herr Dr. Hendrich macht Angaben zu seinen Informationsquellen:

- Fritz Vahrenholt, Sebastian Lüning: Unerwünschte Wahrheiten, Langen Müller Verlag München (2.Aufl. 2020), z. B. Angaben zum Wirkungsgrad von Wasserelektrolyse zur H₂-Erzeugung S.296
- E. Beppler: Eine Widerlegung der zur Rechtfertigung der Klimaneutralität (Zero Carbon) erhobenen Forderungen des "Weltklimarates" (25.4.2023), abrufbar im Netz unter: eike-klima-energie.eu
- Ch.Frey: Geht der Windenergie die Puste aus? (18.8.2027), abrufbar im Netz wie o. a., hier u. a. Details zur Leistungskurve von Windrädern abhängig von Windgeschw., allerdings ist zu beachten, dass die neueste Generation von Windrädern (z. B. Enercon E 126, s. u.) erst bei Windgeschwindigkeit ab 34 m/s („schwacher“ Orkan bzw. Windstärke 12) abschaltet (alte Angabe war 25m/s)
- ENERCON GmbH, Dreekamp 5, 26605 Aurich: Technische Beschreibung ENERCON Windkraftanlagen, hier besonders: "Eigenbedarf" abrufbar im Netz

Als sichere und sinnvolle Alternative zur Energiegewinnung benennt Herr Dr. Hendrich die Atomenergie.

Herr Vogeler betont, dass in der Vergangenheit richtige und zukunftsweisende Entscheidungen getroffen wurden, die der Stadt nun zugutekommen. Die Entscheidung für die Windkraft in der Nähe der Wärmeversorgung erachtet er als zukunftsorientiert. Er weist darauf hin, dass im Havelland die günstigsten Mietpreise herrschen, da die Betriebskosten hier niedrig sind.

Herr Lodwig führt aus, dass die Entscheidungsfindung auf Daten basiert. Er begrüßt die Anpassung des Antrages und unterstreicht, dass dies Transparenz und einen Meinungs austausch zulässt. Nun sollen Prüfverfahren in Gang gesetzt werden, um eine transparente Vorlage zu schaffen, welche Ergebnisse zeigt. Lösungen müssen mit den aktuellen Rahmenbedingungen geschaffen werden und die Thematik Windenergie kann ein Baustein sein.

Herr Lodwig begrüßt die Beteiligung der Bürger und lädt zu einem Meinungs austausch in den Ausschüssen ein, um Lösungen zu finden und Entscheidungen zu treffen, die am Ende die Masse erreichen und zukunftsfähig sind.

Anschließend weist Herr Lodwig darauf hin, dass der Gesetzgeber Rahmenbedingungen zum Bau von Windkraftanlagen geschaffen hat, welche die Errichtung von Windkraftanlagen auf privaten Flächen zulässt. Dies geschieht dann aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und um Geld zu verdienen.

Herr Ziehm kritisiert, dass die Bandbreite an Alternativen zur Windkraft nicht betrachtet wurde. Er wird den Antrag ablehnen. Auf seine Fragen, ob eine Kontaktaufnahme mit der

Müllverbrennungsanlage in Premnitz stattgefunden hat und ob eine Prüfung der Energieerzeugung durch Biomasse aus dem Stadtwald erfolgte, hat er keine Antwort erhalten. Auch die Frage der Möglichkeit der Nutzung von Erdwärme und ob eine Prüfung eines Energieverbunds zur Errichtung von Windkraftträdern außerhalb des Stadtwaldes mit den Gemeinden Premnitz und Milow erfolgt ist, bleibt unbeantwortet bzw. ohne schriftlichen Beleg. Er sagt, dass der Klima- und Umweltschutz vernachlässigt wurde. Weiterhin weist er darauf hin, dass der alte Entwurf des Teilflächennutzungsplanes Windenergie Rathenow kaum Flächen als Alternative zum Stadtwald hergibt. Herr Ziehm schlägt vor, den Radius daher auf Premnitz und Milow zu erweitern und Synergieeffekte zu nutzen.

Herr Bleis merkt an, dass die von Herrn Ziehm aufgeworfenen Fragen sachlich im ASV beantwortet wurden.

Herr Ziehm fordert Fakten. Die Kontaktaufnahme mit Unternehmen sollte schriftlich, nachvollziehbar und einsehbar sein.

Herr Zietemann informiert zur schriftlichen Antwort vom heutigen Tage von Herrn Tebling, Bürgermeister der Stadt Premnitz, zur Thematik Müllverbrennungsanlage. Eine Versorgung auch nur von Teilen der Stadt Rathenow über die Stadtwerke Premnitz mit Wärme aus der Müllverbrennungsanlage ist danach derzeit auszuschließen.

Anschließend formuliert er das gemeinsame Ziel, die Stadt in Zukunft unabhängiger zu machen. PV-Anlagen auf Dächern, Biogas, Geothermie, Windkraftanlagen – alles gehört zusammen. Für das Gelingen eines erfolgreichen und sozialverträglichen Ausbaus der Windenergie, als eine Form der erneuerbaren Energie, sind ein sachlicher Dialog und eine fachkundige Auseinandersetzung erforderlich.

Herr Zietemann betont, dass es wichtig ist, Energieprodukte und erzeugten Strom in der Region auch hier direkt nutzbar zu machen, damit die Bürger der Stadt Rathenow einen Vorteil davon haben. Auch die Wärmeversorgung sucht dringend nach einer Lösung für die Dekarbonisierung, um ihre Geschäftsfähigkeit aufrechterhalten zu können.

Er führt weiter aus, dass die Stadt Rathenow verpflichtet werden wird, eine kommunale Wärmeplanung auf den Weg zu bringen. Dazu erfolgt eine Bestandsaufnahme. Alle vorhandenen Wärmequellen der Stadt werden erfasst – Fernwärme, dezentrale Heizung, Einsatz erneuerbarer Energien. Auch werden der Energiebedarf und der Energieverbrauch der Stadt erfasst. Ebenfalls gibt es eine Bewertung des aktuellen Zustandes der generellen Wärmeversorgung hinsichtlich der Effizienz und des CO₂-Ausstoßes sowie der Kosten. Als Ziele müssen folglich die langfristige Erreichbarkeit für die Wärmeversorgung, die Reduzierung der CO₂-Emission und die Erhöhung des Anteils an erneuerbaren Energien festgelegt werden. Dazu bedarf es Strategien.

Herr Zietemann kommt auf die Frage von Herrn Maasch bezüglich des Rückbaus der Anlagen zurück, welche bereits mehrfach beantwortet wurde. Nach heutigem Stand ist der Betreiber einer Windenergieanlage vertraglich verpflichtet, die Anlagen zurückzubauen. Abschließend richtet Herr Zietemann die Frage an Herrn Dr. Hendrich, ob dieser sich generell gegen Windenergieanlagen im Stadtgebiet ausspricht.

Herr Dr. Hendrich bejaht dies.

Herr Lodwig äußert den Wunsch, dass alle Alternativen betrachtet werden und die Windkraftträder nicht im Fokus stehen. Sofern das Prüfergebnis darin besteht, dass ein Windpark im Gebiet der Stadt möglich ist, kann es nur ein kommunaler Windpark sein, da Energie und Gewinne zum Erhalt der Preisstabilität den Bürgern der Stadt Rathenow zukommen müssen.

Herr Gursch kommt auf den Antrag der namentlichen Abstimmung der Beschlussvorlage durch die AfD-Fraktion zurück und nimmt die Abstimmung entsprechend vor.

Beschluss: Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rathenow beschließt, stadteigene Flächen für die Errichtung eines kommunalen Windparks zur Verfügung zu stellen. Die entsprechenden planungsrechtlichen Schritte (z.B. Gutachten Artenschutz, Gutachten Naturschutz, Gutachten Trinkwasserschutzgebiet, Einhaltung Freiraumverbund) sind Bestandteil für das Verfahren. Die Zwischenergebnisse und Endergebnisse werden im Rahmen einer öffentlichen Bürgerveranstaltung vorgestellt.

Name	Fraktion	Ja	Nein	Enthaltung
Balzer, Elfie	DIE LINKE		X	
Baumgardt, Dr. Thomas	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen	X		
Bleis, Wolfram	CDU	X		
Brüggemann, Ron	CDU	X		
Dietze, Karin	DIE LINKE	X		
Gensicke, Andreas	CDU	X		
Golze, Daniel	DIE LINKE		X	
Golze, Diana	DIE LINKE		X	
Granzow, Karl-Reinhold	DIE LINKE	X		
Gursch, Corrado	CDU	X		
Hendrich, Dr. Uwe	AfD		X	
Lodwig, Sebastian	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen	X		
Maasch, Ralf	AfD		X	
Meier, Jean-Luc	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen	X		
Przedwojewski, Dirk	AfD		X	
Rakow, Jörg	CDU	X		
Reimann, Klaus	FDP/Freie Wähler RN	X		
Rieck, Christian	Die PARTEI	X		
Rubach, Hartmut	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen	X		

Schwenzer, Horst	FDP/Freie Wähler RN	X		
Steinicke, Dana	AfD		X	
Thonke, Olaf	CDU	X		
Timme, Frederike	DIE LINKE		X	
Vogeler, Jürgen	SPD/ Bündnis 90/Die Grünen	X		
Wilimzig, Ingo	AfD		X	
Ziehm, Karsten	FDP/Freie Wähler RN		X	
Zietemann, Jörg	Bürgermeister	X		
Abstimmungsergebnis:		17	10	0

Abstimmungsergebnis: 17 Ja-, 10 Nein- Stimmen, 0 Enthaltungen

Von 29 Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung sind 27 anwesend.

Damit wurde dem Beschlussantrag der Drucksache 066/23 mit Änderungen mehrheitlich zugestimmt.

Herr Golze erklärt sein Abstimmungsverhalten. Er betont, dass er sich für die Windkraft und vor allem gegen Atomkraft ausspricht. Eine alternative Energiegewinnung sollte das Ziel sein. Eingebrachte Fragen und Vorschläge wurden in der AG Windenergie allerdings nicht ausreichend beleuchtet. Das Aufzeigen von Alternativen der Energieerzeugung und zu Standorten sowie die Möglichkeit der interkommunalen Zusammenarbeit wurden wenig oder nicht betrachtet. Die Erreichung von Umweltschutzziele durch die Vernichtung von Umwelt hält er für fragwürdig.

Der öffentliche Teil der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung ist um 20:55 Uhr beendet. Die Öffentlichkeit wird gebeten, den Sitzungssaal zu verlassen. Der nichtöffentliche Teil schließt sich unmittelbar an.

Einwendungen gegen den Wortlaut der Niederschrift des öffentlichen Teils der SVV sind an den Vorsitzenden der SVV zu richten.

Corrado Gursch
Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung